

61-7-I-08

AntragstellerInnen: Nadia Abd El Hafez u.a.

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Solidarität mit den um ihre Verfasstheit kämpfenden Studierendenschaften

1 Demokratie ist keine abstrakte Idee, sondern benötigt zu ihrer Realisierung
2 kritische Individuen, die sich mit gesellschaftlichen Verhältnissen auseinander-
3 setzen, sie analysieren und gegen Missstände vorgehen. Der FZS zeigt sich
4 solidarisch mit den U-AStA-Strukturen und studentischen Initiativen in Bay-
5 ern und unterstützt Kampagnen zur Wiedereinführung der dortigen Verfassten
6 Studierendenschaften. Er erklärt sich darüber hinaus solidarisch mit allen an-
7 deren Studierendenschaften, die gegen rechte Kräfte um den Erhalt ihres Man-
8 dats kämpfen müssen. Studentische Selbstorganisation, das allgemeinpolitische
9 Mandat und die Finanzautonomie der Studierendenschaft sind notwendige Be-
10 dingungen für demokratische Universitäten.

11 Die Verfasste Studierendenschaft wurde als Reaktion auf die 68er-Bewegung
12 und das verstärkte Eingreifen in allgemeinpolitische Auseinandersetzungen für
13 ein menschenwürdiges Leben für alle in Bayern 1973 abgeschafft und vier Jahre
14 später in Baden-Württemberg. In den damals CDU/CSU-geführten Bundes-
15 ländern wurde zur Begründung der Entdemokratisierung von Hochschulen der
16 Mythos bemüht, es gelte, einen linksterroristischen "Sumpf" auszutrocknen.
17 Dass es ein Angriff auf die Meinungsfreiheit und die demokratischen Grund-
18 werte ist, kritische Stimmen auf diesem Weg zum Schweigen zu bringen, igno-
19 rierten die damaligen Regierungen. Ebenso, dass die Studierendendenvertretungen
20 nach dem Zweiten Weltkrieg in Anerkennung der gesellschaftlichen Bedeu-
21 tung von Universitäten mit dem Ziel geschaffen wurden, wieder demokratische
22 Strukturen in Deutschland aufzubauen. Denn jedes System kann nur dann ein
23 demokratisches sein, wenn es in all seinen Instanzen demokratisch organisiert

24 ist. Auf das Verhältnis von Staat und Universität bezogen ist dies besonders
25 relevant, da Universitäten einen Bildungsauftrag zu erfüllen und Lösungen für
26 gesellschaftliche Probleme zu finden haben. Um solche Probleme durch demo-
27 kratische Prozesse erfassen, analysieren und bearbeiten zu können, bedarf es
28 selbstverständlich einer demokratisch legitimierten und gesetzlich verankerten
29 Vertretung der größten Mitgliedergruppe einer Universität durch eine Verfass-
30 te Studierendenschaft. Es überrascht nicht, dass die Entscheidungen von 1973
31 und 1977 unter den beiden Ministerpräsidenten Alfons Goppel, einem ehema-
32 ligen Mitglied der SA und der NSDAP, bzw. Hans Filbinger, einem ehemaligen
33 NS-Marinerichter, fielen.

34 Seit dieser Zeit haben Studierende permanent auf dieses undemokratische Miss-
35 verhältnis hingewiesen. Denn nur unabhängige, selbstorganisierte und demo-
36 kratische Verfasste Studierendenschaften bieten die Bedingungen für eine um-
37 fassende Vertretung der Interessen der Studierenden und gute Bedingungen für
38 die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verantwortung von Universitäten. Es
39 müssen überall die Bedingungen hergestellt werden, die politischen, sozialen
40 und kulturellen Belange der Studierenden innerhalb der Universität und nach
41 außen repräsentieren zu können. So ist z.B. die Finanzautonomie notwendig,
42 um handlungsfähig zu sein und nicht, wie beispielsweise in Bayern, auf gerin-
43 ge finanzielle Mittel, die durch die Universitätsleitung gönnerhaft und unter
44 Abgleich mit den eigenen Interessen je im Einzelfall "bewilligt" werden, ab-
45 hängig zu sein. Dafür ist das allgemeinpolitische Mandat wesentlich. Konflikte
46 an Hochschulen entstehen nie im luftleeren Raum, sondern sind Ausdruck von
47 gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Deshalb sind sie auch nicht
48 davon losgelöst zu betrachten, sondern müssen kontextualisiert und politisch
49 entlang gesellschaftlicher Konfliktlinien diskutiert werden. Wir fordern des-
50 halb freie Meinungsäußerung für unabhängige Verfasste Studierendenschaften,
51 um politische Handlungsfähigkeit herzustellen und zu sichern! Hochschulpoli-
52 tik als Gesellschaftspolitik ist ganz akut notwendig, das zeigen auch die neuen
53 Autoritäts-Maßnahmen in Bayern und Baden-Württemberg. So ist das CSU-
54 Polizeigesetz 2018 auch dadurch möglich geworden, dass es in Bayern keine or-
55 ganisierte und Verfasste Studierendenschaft und damit weniger Raum für pro-
56 gressive politische Organisation gibt. Insgesamt brauchen wir Universitäten,
57 in denen die gesellschaftlichen Verhältnisse analysiert und kritisiert werden,
58 damit gemeinsam eine soziale, gerechte Alternative zum neoliberalen Status
59 Quo entwickelt und durchgesetzt werden kann.

60 Um beispielsweise zu Akkreditierung Stellung zu nehmen, muss die Möglich-
61 keit gegeben sein, sich frei und kritisch damit auseinanderzusetzen, Konzepte
62 und Alternativen zu entwickeln und in die gesamtgesellschaftlichen Verhältnis-

63 se zu kontextualisieren. Besonders effektiv kann dies durch den vorhandenen
64 Zusammenschluss im FZS erfolgen. Denn, wenngleich hochschul- und bildungs-
65 politische Entwicklungen sich teilweise auf Länderebene abspielen, ist gerade
66 dann eine einordnende Vernetzung sinnvoll, um sich auf andernorts bereits
67 erkämpfte Fortschritte berufen zu können. Zudem ist beispielsweise eine Ana-
68 lyse und Einschätzung des fzs von bundesweiten Neuerungen, wie der 2017
69 in Kraft getretenen Ausweitung des Mutterschutzgesetzes auf Studentinnen,
70 deutlich effizienter, als wenn diese von allen Studierendenschaften je einzeln
71 erstellt werden müsste. Auch zu sozialen Themen ist die Organisation von
72 bundesweiten Kampagnen sinnvoll, wie beispielsweise in der FZS-Kampagne
73 gegen Wohnraummangel (2018).

74 Die Notwendigkeit politisch handlungsfähiger Studierendenschaften, welche
75 sich aktiv für die Verbesserung der Studienbedingungen wie für die Bearbei-
76 tung sozialer Probleme einsetzen, drückte sich in den zahlreichen jahrelangen
77 Protesten und Forderungen zur Wiedereinführung der Verfassten Studieren-
78 denschaft aus – mit streckenweisem Erfolg: Bedingt durch den Bildungsstreik
79 von 2009/2010 musste die Grün-Rote Landesregierung in Baden-Württemberg
80 dem Druck der Studierenden nachgeben und führte die Verfasste Studieren-
81 denschaft dort 2012 wieder ein. Der Verfassten Studierendenschaft wurde im
82 baden-württembergischen LHG § 65 (4) zugesprochen: “Im Rahmen der Er-
83 füllung ihrer Aufgaben nimmt die Studierendenschaft ein politisches Mandat
84 wahr.“ Ein Recht, das in dieser Explizitheit mit der Reform 2017 – wiederum
85 auf Verlangen der CDU – gestrichen wurde. Kurz darauf wurden 2017 zudem
86 Studiengebühren für Ausländer*innen eingeführt.

87 Doch drastischer noch ist die Lage in Bayern, wo eine Verfasste Studierend-
88 schaft noch immer nicht wieder eingeführt wurde. Dies macht sich für dort Stu-
89 dierende unmittelbar finanziell bemerkbar, unter anderem durch die deutsch-
90 landweit studierendenunfreundlichsten Semestertickets. Auch werden dort bei-
91 spielsweise Studierende, die ihr 10. Bachelorsemester überschreiten, zwangsex-
92 matrikuliert. Die Studierenden- und Bildungsproteste waren in Baden- Würt-
93 temberg ausschließlich durch die finanzielle Unterstützung und Solidarität der
94 Verfassten Studierendenschaften, unter anderem auch durch die Hilfe des Dach-
95 verbandes fzs, möglich. Ebenfalls waren viele studentische Projekte nur mit de-
96 ren Unterstützung realisierbar, wie zum Beispiel die Organisation des festival
97 contre le racisme, lady*feste und Demo-Material. Diese Hilfe muss weiterhin
98 den Studierendeninitiativen in Bayern zukommen.

99 Auch in Nordrhein-Westfalen sind die bereits erkämpften hohen Standards – ei-
100 ne Viertelparität sowie eine Zivilklausel sind dort im Hochschulgesetz verankert

101 – weiterhin umkämpft. Seit der schwarz-gelben Regierungskoalition wird jetzt
102 auch dort von konservativ-neoliberaler Seite versucht, die Errungenschaften
103 einer progressiven VS durch eine Hochschulgesetzänderung völlig zunichte zu
104 machen. So sollen neben Viertelparität und Zivilklausel auch gesetzlich veran-
105 kerte, verhältnismäßig gute Beschäftigungsbedingungen für Mitarbeiter*innen
106 an Hochschulen abgeschafft und Studiengebühren für Ausländer*innen einge-
107 führt werden. So soll das kritische Potential von Universitäten und Verfassten
108 Studierendenschaften unterdrückt werden. In der harten Bekämpfung durch
109 rechte, konservative und neoliberale Regierungen und politischer Akteur*innen
110 zeigt sich die Wirksamkeit der Arbeit der Verfassten Studierendenschaften
111 für Demokratisierung, Allgemeinwohlorientierung und kritischer Aufklärung
112 an Hochschulen und in der Gesellschaft. Dass diese notwendige Arbeit Verfas-
113 ster Studierendenschaften weitergeführt und weiter ausgebaut werden kann,
114 geht uns alle etwas an – überall in Deutschland und über die Bundesrepublik
115 hinaus!

Begründung

Der FZS zeigt sich solidarisch mit den U-AStA-Strukturen und studentischen Initiativen in Bayern und unterstützt Kampagnen zur Wiedereinführung der dortigen Verfassten Studierendenschaften. Er erklärt sich darüber hinaus solidarisch mit allen anderen Studierendenschaften, die gegen rechte Kräfte um den Erhalt ihres Mandats kämpfen müssen.

Alles weitere erfolgt mündlich.

AntragstellerInnen

Nadia Abd El Hafez (Campusgrün BuVo)